



# EINE HOCHSTEHENDE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE STATT PROFITMAXIMIERUNG FÜR PRIVATKLINIKEN

Auf den ersten Blick können wir Zürcher\*innen uns glücklich schätzen: Die Gesundheitsversorgung in unserem Kanton ist Weltklasse. Doch schon auf den zweiten Blick trübt sich das Bild.

Denn die Kosten für unsere Krankenversicherungen steigen Jahr für Jahr weiter an - auch, weil die Krankenkassen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge für teure Werbekampagnen verschleudern. Gleichzeitig will der bürgerlich dominierte Regierungsrat die Prämienverbilligungen senken. Die Krankenkassenprämien werden dadurch gerade für Familien zu einer immer grösseren Last. Andere versuchen, die Prämienlast durch eine höhere Franchise etwas abzumildern - und nehmen damit im Ernstfall ein hohes finanzielles Risiko in Kauf.

Zudem droht im Kanton Zürich eine regelrechte Zweiklassenmedizin zu entstehen. Mit den Fallkostenpauschalen erhalten die Spitäler nicht mehr die effektiven Kosten einer Behandlung abgegolten, sondern einfach einen fixen Betrag pro Fall. Das führt dazu, dass gewisse Behandlungen und Patient\*innen zum Teil grosse Defizite bei den Spitälern verursachen, welche diese mit profitablen Behandlungen und zusatzversicherten Patient\*innen wieder ausgleichen müssen. Das provoziert nicht zuletzt eine Überversorgung mit teuren oder gar unnötigen Behandlungen.

In diesem System werden nicht nur die Patient\*innen scheinbar willkürlich als «gut» oder «schlecht» abgestempelt. Gerade die Privatkliniken haben daraus ein perfides Geschäftsmodell gemacht: Sie hofieren die «guten», privatversicherten Patient\*innen und verdienen sich an ihnen eine goldene Nase, während sie die «schlechten», allgemeinversicherten Patient\*innen teilweise sogar aktiv an die öffentlichen Spitäler abschieben.

Die öffentlichen Spitäler machen bei dieser Risikoselektion nicht mit. Sie behandeln alle Patient\*innen, die zu ihnen kommen - und sind damit die Garanten für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle. Doch auch sie kommen immer stärker unter Druck, sich ebenfalls auf zusatzversicherte Patient\*innen auszurichten. Denn die Profitmaximierung der Privatkliniken verursacht hohe Defizite bei den öffentlichen Spitälern. Defizite, die schlussendlich die Steuerzahlenden decken müssen.

Diese Fehlentwicklungen müssen wir stoppen!

## **Die Gesundheitsversorgung muss für alle bezahlbar bleiben**

Eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung darf etwas kosten. Qualität gibt es nun mal nicht umsonst. Doch sie muss auch weiterhin für alle Zürcher\*innen zugänglich und bezahlbar bleiben. Deshalb fordern wir:

**Höhere Prämienverbilligungen:** Niemand soll mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Um die steigenden Krankenkassenprämien auszugleichen, braucht es deshalb mehr und höhere Prämienverbilligungen - und nicht etwa weniger, wie es der Regierungsrat will. Der Kanton Zürich muss hier seinen Spielraum unbedingt voll ausnutzen!

**Familien entlasten:** Gerade die Krankenkassenprämien für Kinder sind eine grosse finanzielle Belastung für die Familien im Kanton Zürich. Deshalb fordern wir eine Prämienbefreiung für Kinder bis zum vollendeten 18. Altersjahr.

**Fehlanreize beseitigen und Kosten senken:** Möglichst viele möglichst teure Eingriffe vorzunehmen ist heute ein lukratives Geschäftsmodell. Das führt aber nicht nur zu teilweise unnötigen oder unnötig teuren Behandlungen, sondern treibt auch die Gesamtkosten unseres Gesundheitssystems in die Höhe. Hier muss der Kanton seinen Spielraum nutzen, um die Fehlanreize zu beseitigen - z.B. mit einer realistischen Bedarfsplanung, einem Schwerpunkt auf Kooperation statt Konkurrenz, oder auch Globalbudgets für Listenspitäler.

**Verantwortung in der Langzeitpflege übernehmen:** In der Langzeitpflege muss der Kanton mehr Verantwortung übernehmen und darf nicht weiter Kosten auf die Gemeinden abschieben. Menschen im Alter und/oder mit einer Beeinträchtigung sollen möglichst lange mit hoher Lebensqualität in ihrem bevorzugten Umfeld bleiben können. Dafür ist ein Ausbau des ambulanten Angebotes sowie eine Unterstützung der Angehörigen angezeigt.

## **Stopp der Profitmaximierung auf Kosten von Patient\*innen und Steuerzahlenden**

Die Jagd der Privatkliniken auf «gute» und insbesondere das Abschieben von vermeintlich «schlechten» Patient\*innen muss ein Ende haben. Darum fordern wir:

**Bereinigung der Spitalliste:** Wer auf der Spitalliste stehen und für seine Leistungen vom Kanton Steuer-gelder erhalten will, soll mindestens 60 Prozent Allgemeinversicherte behandeln. Auch im Bereich der Arbeitsbedingungen - z.B. genügend und gut ausgebildetes Personal oder Teilzeitmöglichkeiten auch im Kader - braucht es griffigere Vorgaben an die Listenspitäler.

**Kosten nicht auf Prämienzahlende abschieben:** Um seine eigenen Kosten zu senken, schiebt der Kanton heute im ambulanten Bereich Kosten auf die Prämienzahlenden ab. Dadurch werden tiefe und mittlere Einkommen viel stärker belastet, als wenn der Kanton einen höheren Anteil der Kosten übernimmt.

Anstatt solch sinnloser Kostenschiebereien braucht es deshalb auch im ambulanten Bereich eine faire Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Prämienzahlenden – wie es sie im stationären Bereich bereits gibt.

## **Gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich**

In der Gesundheitsversorgung ist der Mensch der zentrale Faktor. Deshalb brauchen wir genügend, gut ausgebildete und anständig bezahlte Fachkräfte, die uns untersuchen, operieren und pflegen. Darum fordern wir:

**Attraktivere Rahmenbedingungen für Hausärzte:** Um dem Mangel an Hausärzt\*innen entgegenzuwirken, braucht es attraktivere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Sinnvoll wären z.B. mehr lokale Gesundheitszentren mit integrierter Versorgungslogik, in denen Hausärzt\*innen, Physiotherapeut\*innen Kinderärzt\*innen und anderen Spezialist\*innen zusammenarbeiten und eine umfassende Betreuung der Patient\*innen sicherstellen kann.

**Anständige Löhne und Arbeitsbedingungen:** Ausgerechnet in der Pflege bezahlen wir regelrechte Tiefstlöhne. Das kann nicht sein. Deshalb braucht es dringend anständige Löhne – auch schon in der Ausbildung – und einen GAV für die Akut- und Langzeitpflege. So können auch die heute teilweise prekären Arbeitsbedingungen verbessert und die Pflegeberufe aufgewertet werden.

**Mehr Studienplätze in der Humanmedizin:** Heute bilden wir weniger Ärzt\*innen aus, als wir selber brauchen – und zwar nicht, weil wir zu wenige motivierte Kandidat\*innen für das Studium hätten, sondern weil wir nicht genug Geld für die Studienplätze zur Verfügung stellen. Stattdessen importieren wir Ärzt\*innen aus dem Ausland. Damit verursachen wir in anderen Ländern einen medizinischen Brain-Drain und bei uns einen Mangel an Hausärzt\*innen. Darum fordern wir die Abschaffung des Numerus Clausus und mehr Studienplätze für unsere zukünftigen Hausärzt\*innen.

## **Öffentliche Gesundheitsversorgung stärken**

**Gemeinwirtschaftliche Leistungen erhöhen:** Mit den sogenannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen gleicht der Kanton Kosten im Gesundheitswesen ab, die von den Fallpauschalen nicht ausreichend gedeckt werden – z.B. Aus- und Weiterbildungen oder auch wichtige Investitionen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Leistungen erhöht werden und insbesondere auch neue und innovative Versorgungs-Modelle wie niederschwellige Gesundheitszentren unterstützt werden.

**Privatisierungen stoppen:** In den vergangenen Jahren haben die Rechten immer wieder versucht, auch im Gesundheitsbereich Privatisierungen voranzutreiben. Viele dieser Versuche konnten wir an der Urne stoppen – z.B. die Privatisierung von Kantonsspital und integrierter Psychiatrie Winterthur. Dem Ausverkauf unserer Gesundheitsversorgung stellen wir uns weiterhin konsequent entgegen – gerade auch in der Alters- und Langzeitpflege.